

Dresdner Wort der Religionen zum Tag der deutschen Einheit 2016

Wir sind überzeugt,

- dass jeder Mensch das Recht hat, gemäß seiner eigenen Glaubensüberzeugungen zu leben und niemand ihm einen anderen Glauben aufzwingen darf,
- dass jeder Mensch das Recht hat, seine Religionszugehörigkeit zu wechseln, einen anderen oder auch keinen spezifischen Glauben mehr zu haben,
- dass jeder Mensch das Recht hat, seinen Glauben öffentlich und gemeinsam mit anderen zu bekennen und Religion daher nicht nur Privatsache ist,
- dass Staat und Religion getrennt sein sollen und es dennoch die Aufgabe des Staates ist, seine Bürger auch in der Ausübung ihrer Religion zu fördern.

Wir sind dankbar dafür,

- dass die Religionsfreiheit in Deutschland vom Grundgesetz her garantiert und den Religionen ihre Religionsausübung im Rahmen der Gesetze möglich ist,
- dass die Zusammenarbeit von Staat und Religionen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger rechtlich klar geregelt ist,
- dass es viele Beispiele für das friedliche Zusammenleben verschiedener Religionen in Deutschland gibt.

Wir beklagen,

- dass die Religionsfreiheit in vielen Teilen der Welt nicht gewährleistet wird und Menschen aufgrund ihres Glaubens verfolgt oder unterdrückt werden,
- dass nicht überall die Religionen gleich behandelt werden und gleiche Rechte und Pflichten haben,
- dass Gewalt im Namen von Religionen ausgeübt und gerechtfertigt wird,
- dass sich Menschen zu Hass gegen andere Religionen aufstacheln lassen,
- dass auch in Deutschland Menschen die Religionsfreiheit nicht achten.

Wir verpflichten uns

- zuzulassen, dass auch Menschen anderer Religion von ihrem Glauben privat und öffentlich Zeugnis geben dürfen,
- dafür einzutreten, dass sich auch Angehörige anderer Religionen überall in der Welt würdige und angemessene Gebetsstätten errichten können,
- gegenseitig aufeinander zu hören und einander tiefer verstehen zu wollen,
- keine Zerrbilder der anderen Religion zu zeichnen und den interreligiösen Dialog zu suchen,
- dafür einzutreten, dass Gewalt in jeder Form keine Rechtfertigung aus der eigenen Religion erhält,
- die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu fördern,
- zum Wohl der Gesellschaft mit Partnern aus anderen Religionen und der nicht-religiösen Gesellschaft zusammenzuarbeiten.